

## **Inhaltliche Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse in sämtlichen Phänomenbereichen**

### **I. RECHTSEXTREMISMUS**

#### **A. Wesentliche Entwicklungen**

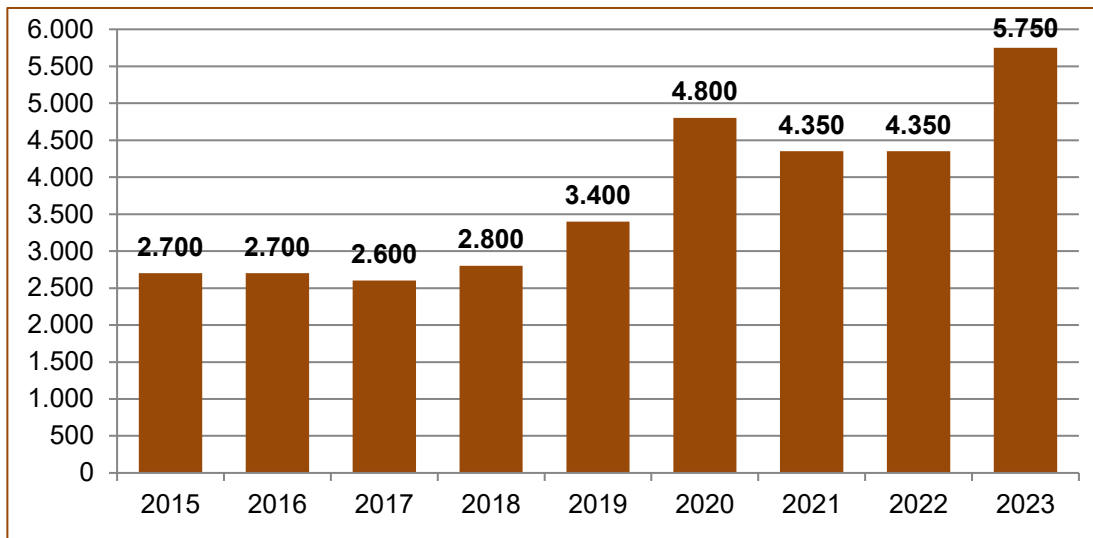
- Neue erwiesene extremistische Beobachtungsobjekte des LfV Sachsen: ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)-LANDESVERBAND SACHSEN, JUNGE ALTERNATIVE (JA)-LANDESVERBAND SACHSEN und EIN PROZENT E.V.
- Personenpotenzial stieg weiter an
- Rechtsextremisten wie die FREIEN SACHSEN nutzten erneut Themen mit gesellschaftlichem „Empörungspotenzial“ für ihre Zwecke und sickerten mit ihrem verfassungsfeindlichen Gedankengut weiter in die bürgerliche Mitte ein.
- hohe Reaktions- und Mobilisierungsgeschwindigkeit über die sozialen Medien
- Wichtigstes Objekt für rechtsextremistische Konzerte stand nicht mehr zur Verfügung: weniger rechtsextremistische Konzerte, stattdessen mehr Liederabende

#### **B. Personenpotenzial**

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Sachsen belief sich im Jahr 2023 auf insgesamt 5.750 Personen. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Einstufung der Partei ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD) – LANDESVERBAND SACHSEN sowie ihrer Jugendorganisation JUNGE ALTERNATIVE (JA) als gesichert rechtsextremistische Bestrebungen. Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von hier bekannten Doppelmitgliedschaften bei den anderen rechtsextremistischen Parteien.

Die angegebenen Werte beruhen auf Schätzungen sowie Rundungen und berücksichtigen zudem das sog. Dunkelfeld. Dem LfV Sachsen liegen nicht zu allen in den folgenden Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor.

## Rechtsextremistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



Das rechtsextremistische Personenpotenzial wird bundesweit nach seinem jeweiligen Organisationsgrad erfasst. Dieses Kategoriensystem untergliedert sich dementsprechend in die Bereiche:

- 1. parteigebundener Rechtsextremismus,**
- 2. parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen und**
- 3. unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.**

Rechtsextremistische Parteien <sup>1</sup>	Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen <sup>3</sup>	Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial <sup>4</sup>
2023: ca. 2.840 <sup>2</sup> 2022: ca. 1.370	2023: ca. 910 2022: ca. 930	2023: ca. 2.000 2022: ca. 2.050

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD) - LANDESVERBAND SACHSEN 2023: ca. 1.300	NEONATIONALSOZIALISTEN 2023: ca. 570 2022: ca. 600
JUNGE ALTERNATIVE (JA) 2023: ca. 100	SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN (in Strukturen) 2023: ca. 260 2022: ca. 260
DIE HEIMAT (vormals NPD) 2023: ca. 180 2022: ca. 180	IDENTITÄRE BEWEGUNG - SACHSENGARDE 2023: ca. 50 2022: ca. 50
JUNGE NATIONALISTEN (JN) 2023: ca. 40 2022: ca. 40	PEGIDA 2023: ca. 20 2022: ca. 20
DER DRITTE WEG 2023: ca. 140 2022: ca. 140	EIN PROZENT 2023: ca. 10
FREIE SACHSEN 2023: ca. 1.200 2022: ca. 1.000	

<sup>1</sup> Die Parteien DIE RECHTE und NEUE STÄRKE PARTEI verfügen über keine Strukturen im Freistaat Sachsen

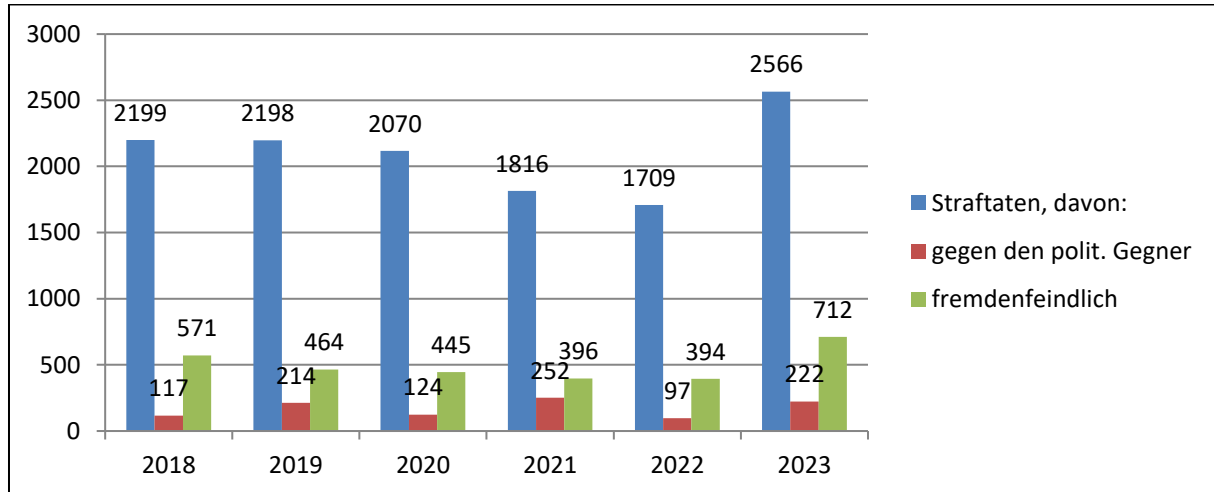
<sup>2</sup> Aufgrund einer gestiegenen Anzahl an Doppelmitgliedschaften, insbesondere in Bezug auf die Parteien DIE HEIMAT und FREIE SACHSEN, entspricht die Gesamtzahl nicht der Summe der jeweiligen Einzelwerte.

<sup>3</sup> Mehrfachmitgliedschaften sind möglich

<sup>4</sup> Dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial werden Rechtsextremisten zugeordnet, die keiner Partei oder Organisation zugerechnet werden können, wie beispielsweise rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter.

## C. Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

### Rechtsextremistische Straftaten insgesamt



Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ist im Berichtsjahr sprunghaft auf einen neuen Höchstwert angestiegen. Insbesondere die darin enthaltene Zahl der Straftaten gegen den politischen Gegner stieg nach dem Absinken im Jahr 2022 wieder in etwa auf das Niveau des Jahres 2021 an.

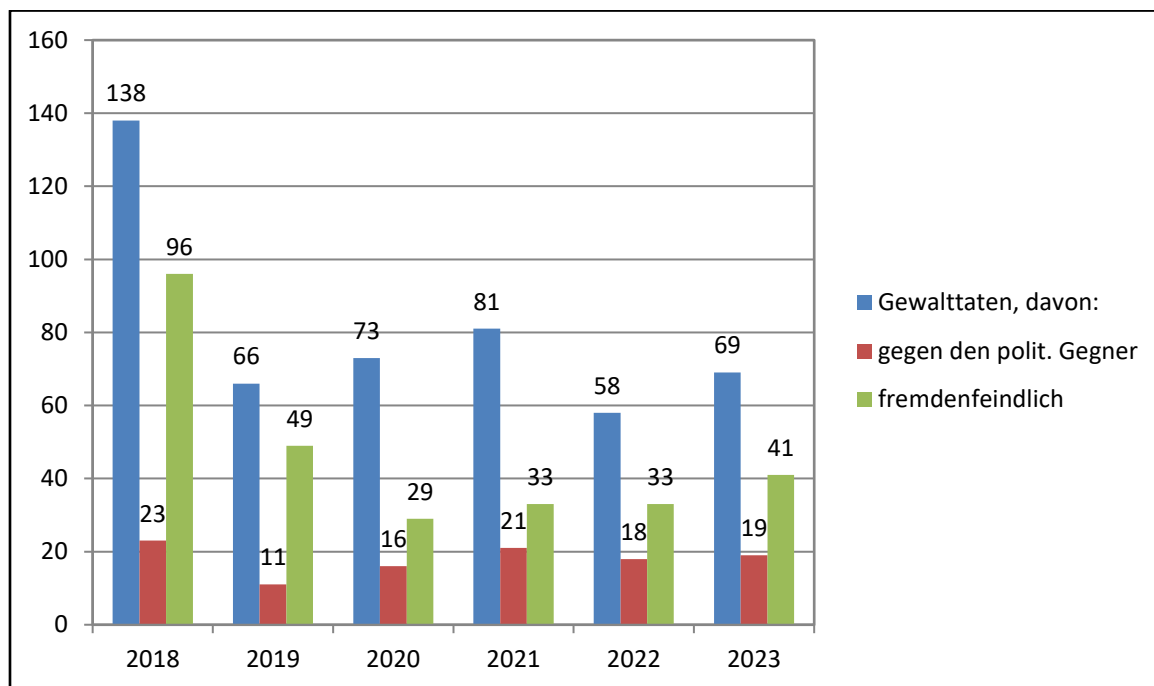
Die Anzahl der fremdenfeindlichen Straftaten erreichte den höchsten Stand seit dem Jahr 2015. Damals wurden 784 solcher Straftaten verzeichnet. Der überproportionale Anstieg der Straftaten in dieser Kategorie machte mehr als ein Drittel des Zuwachses aller rechtsextremistischen Straftaten aus.

Zudem stiegen Propagandadelikte, wie beispielsweise das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzungsdelikte gegenüber dem Vorjahr deutlich an und machten mit 73 % (1.873 Straftaten) wie in den Vorjahren den weit überwiegenden Teil der rechtsextremistischen Straftaten aus (2022: 86 %, 1.472 Straftaten).

Vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts nahmen die antisemitischen Straftaten mit Extremismusbezug im Bereich Rechtsextremismus von 132 im Jahr 2022 auf 199 im Jahr 2023 deutlich zu.

Im Berichtsjahr waren als besonders schwerwiegend zwei mutmaßlich rechtsextremistisch motivierte Brandanschläge auf eine geplante Asylbewerberunterkunft in Dresden zu verzeichnen. Die strafrechtlichen Ermittlungsverfahren dazu sind noch nicht abgeschlossen.

## Rechtsextremistische Gewalttaten<sup>5</sup> als Teilmenge der Straftaten



Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 19 % gestiegen. Der prozentuale Anteil der Gewalttaten am Gesamtaufkommen der rechtsextremistischen Straftaten belief sich auf 2,7 % und hat sich damit verringert (2020: 3,5 %, 2021: 4,5 %, 2022: 3,4 %).

Da die Asylthematik für Rechtsextremisten unverändert eine hohe Bedeutung hat und im Berichtsjahr aufgrund der erneut gestiegenen Asylbewerberzahlen eine zentrale Rolle in der Szene spielte, stieg auch die Zahl der fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten an. Deren Anteil an allen Gewaltstraftaten wuchs weiter auf über 59 % (2021: 41 %, 2022: 57 %). Der Anstieg der fremdenfeindlichen rechtsextremistischen Gewalttaten ist nahezu allein für den Zuwachs sämtlicher rechtsextremistischer Gewalttaten verantwortlich.

Rechtsextremistische Aggression entlädt sich primär durch körperliche Gewalt gegen andere Menschen, überproportional gegenüber ausländischen bzw. als „nichtdeutsch“ wahrgenommenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

<sup>5</sup> Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst u. a. Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch und Widerstandsdelikte; siehe hierzu auch unter [www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts\\_node.html](http://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts_node.html) (Stand: 12. März 2024)

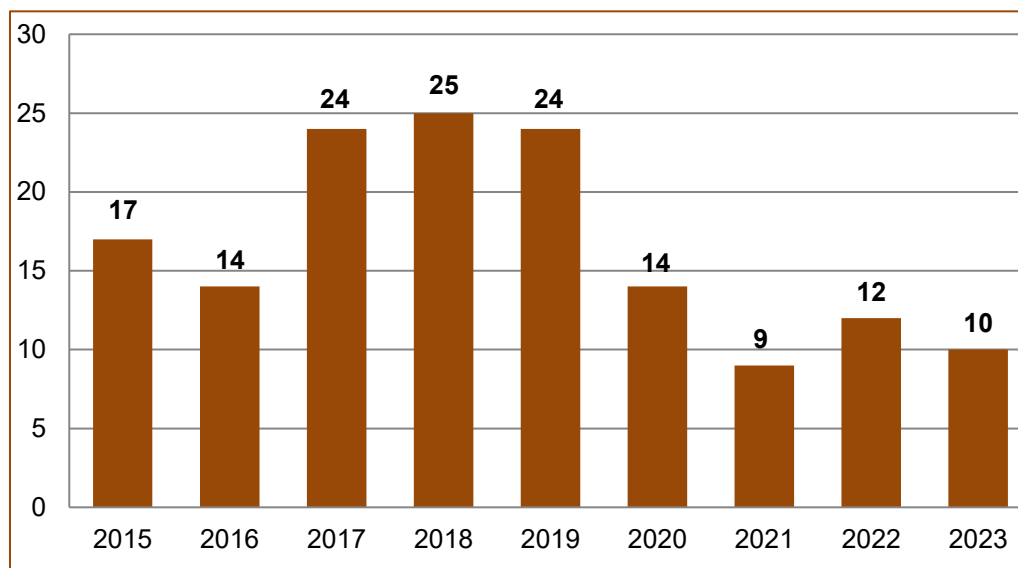
## Aufteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten

	rechtsextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Leipzig (Stadt)	246	228	347	15	12	16
Dresden (Stadt)	237	245	378	11	14	17
Chemnitz (Stadt)	154	116	183	3	5	7
Vogtlandkreis	84	97	108	3	1	0
Lkr. Zwickau	169	164	275	7	4	8
Erzgebirgskreis	125	118	156	11	0	3
Lkr. Mittelsachsen	114	100	180	3	1	2
Lkr. Meißen	55	81	109	2	2	1
Lkr. Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	72	111	122	4	2	2
Lkr. Bautzen	129	139	194	3	10	3
Lkr. Görlitz	122	88	154	0	1	0
Lkr. Leipzig	206	120	188	12	1	6
Lkr. Nordsachsen	103	102	172	7	5	4
Freistaat Sachsen	1.816	1.709	2.566	81	58	69

## D. Entwicklung hinsichtlich rechtsextremistischer Musikveranstaltungen

Die rechtsextremistische Musikszene im Freistaat Sachsen war im Berichtsjahr bestrebt, die Anzahl der Veranstaltungen auf das Niveau der Zeit vor der Corona-Pandemie anzuheben. Allerdings konnten dank erfolgreicher behördlicher Maßnahmen Konzerte verhindert werden, so dass die Szene ihr Ziel nicht erreichte. Nachdem Veranstaltungen im Szeneobjekt in Torgau OT Staupitz wegen eines Gewerbeverbots vorübergehend nicht mehr stattfinden konnten und auch an anderen Orten Konzerte aufgelöst bzw. verhindert worden sind, versuchte die Szene, in umliegende Bundesländer bzw. in das Ausland auszuweichen. Letztendlich konnten im Berichtsjahr insgesamt zehn Konzerte im Freistaat Sachsen festgestellt werden (2022: 12), wovon zwei von der Polizei aufgelöst wurden. Drei weitere Konzerte waren geplant und verboten worden. Die Anzahl der Liederabende und sonstigen Musikveranstaltungen erhöhte sich im Berichtsjahr von 24 (2022) auf 39. Ein Liederabend sowie eine sonstige Musikveranstaltung wurden verboten.

### Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



### Konzertgeschehen in Sachsen – Wegfall des Veranstaltungsobjektes in Torgau OT Staupitz

Im wohl bisher wichtigsten Konzertobjekt der sächsischen rechtsextremistischen Szene, dem ehemaligen Gasthof in Torgau OT Staupitz (Landkreis Nordsachsen), konnten Rechtsextremisten im Berichtsjahr nur noch eine Veranstaltung<sup>6</sup> durchführen. Im Februar wurde dem Inhaber das Gewerbe der Durchführung von Konzertveranstaltungen verboten.

Nach diesem Verbot versuchten Rechtsextremisten, im April noch zwei Veranstaltungen in diesem Objekt zu organisieren. Als erkennbar war, dass die am 1. April geplante Veranstaltung in Staupitz nicht stattfinden konnte, organisierten die Rechtsextremisten kurzerhand in Vierkirchen OT Arnsdorf (Landkreis Görlitz) eine Ersatzveranstaltung. Die Polizei stellte bei der Auflösung dieser Ersatzveranstaltung rund 500 Personen fest.

<sup>6</sup> Im Gasthof „Staupitz“ waren bisher behördlicherseits zehn Konzerte jährlich erlaubt. Diese zogen in der Vergangenheit jeweils ca. 230 Rechtsextremisten an.

Bei der am 22. April in Staupitz geplanten Veranstaltung versuchten die Organisatoren, eine Rechtsextremistin als Veranstalterin einzusetzen, die bisher noch nicht als solche in Erscheinung getreten war. Auch dieses Konzert untersagte die Ordnungsbehörde, weil diese Ersatzperson nicht die erforderliche Zuverlässigkeit nachweisen konnte.

Seitdem wuch die rechtsextremistische Szene verstärkt auf kleinere, konspirativ organisierte Konzertveranstaltungen in Sachsen sowie den umliegenden Bundesländern aus.

Der ehemalige Betreiber des Konzertobjektes legte gegen die Gewerbeuntersagung Rechtsmittel ein. Ein Eilantrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid wurde im März 2023 vom Verwaltungsgericht Leipzig überwiegend abgelehnt. Gegen diese Entscheidung legte der Betreiber Beschwerde beim Sächsischen Obergericht ein. Dieses Gericht stellte in einer Entscheidung vom 4. Dezember 2023 die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wieder her.

Zwischenzeitlich fand zudem ein Eigentümer- und Betreiberwechsel im Gasthof statt. Rechtsextremistische Konzerte wurden in Staupitz nicht mehr festgestellt.

Im Freistaat Sachsen waren im Berichtsjahr und damit analog zum Vorjahr 26 rechtsextremistische Musikgruppen, Liedermacher und Solointerpreten aktiv.

Die Musiker beteiligten sich an rechtsextremistischen Konzerten im In- und Ausland bzw. Liederabenden, traten bei Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen auf oder arbeiteten an neuen Tonträgern bzw. gaben diese heraus. Sie beteiligten sich mit Liedbeiträgen an vier Samplern und gaben sechs Tonträger heraus. Einige Musikgruppen gaben lediglich über ihre Internetpräsenzen „Lebenszeichen“ von sich.

Nachdem deutsche Musikgruppen in der Vergangenheit aufgrund von Ausreisebeschränkungen nicht im Ausland auftreten konnten, änderte die rechtsextremistische Szene ihre Informationspolitik. Im Internet wurden fortan nur noch Konzertflyer veröffentlicht, auf denen u. a. Musikgruppen anonym als „special guest“ aus Europa angekündigt wurden.

## **E. Durch Rechtsextremisten genutzte Immobilien<sup>7</sup>**

Gemäß der in der Fußnote aufgeführten Definition gibt es in den kreisfreien Städten und Landkreisen insgesamt 35 „rechtsextremistisch genutzte Immobilien“, über die das LfV Sachsen öffentlich berichten darf (2022: 28).

Immobilien haben eine essentielle Bedeutung für die rechtsextremistische Szene. Entweder stehen die Objekte im Eigentum von Rechtsextremisten, oder aber diese schließen Mietverträge für eine langfristige Nutzung von Immobilien ab. In den "eigenen vier Wänden" leben sie ihre verfassungsfeindliche Ideologie ungestört aus, können auf unkomplizierte Weise regelmäßig zusammenkommen und Veranstaltungen, wie beispielsweise Konzerte, ausrichten. Immobilien sind somit "Rückzugsorte" für Rechtsextremisten, können aber auch offensiv genutzt werden. So dienen zentral gelegene Büros rechtsextremistischer Parteien

---

<sup>7</sup> Entsprechend einer bundesweit im Verfassungsschutzverbund abgestimmten verbindlichen Definition gelten diejenigen Immobilien als „rechtsextremistisch genutzte Immobilien“, bei denen eine uneingeschränkte grundsätzliche Zugriffsmöglichkeit durch Eigentums- oder Besitzverhältnis oder durch ein Kenn- und Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen besteht. Voraussetzung ist zudem eine politisch ziel- und zweckgerichtete wiederkehrende Nutzung.



dazu, im öffentlichen Raum auf die Partei aufmerksam zu machen und eine feste Anlaufstelle für Mitglieder und Interessenten zu sein.

Grundsätzlich sind Rechtsextremisten aber bestrebt, Immobilien nach Möglichkeit außerhalb urbaner Zentren zu erwerben. Vor allem in Ostdeutschland und demzufolge auch im Freistaat Sachsen finden sie nicht selten langjährig leerstehende Gebäude in ländlicher Abgeschiedenheit, die sie unter Umständen über Strohmannen von privater Hand preiswert erwerben, herrichten und dann entsprechend ihrer verfassungsfeindlichen Agenda nutzen.

Da in den meisten Miet- und Kaufobjekten diverse interne oder externe Veranstaltungen stattfinden, dienen Immobilien insbesondere der Finanzierung der Szene. Der Immobilienbesitz ist nicht nur ein Statussymbol, sondern auch ein fester Bestandteil eines szeneeigenen Finanz- und Wirtschaftskreislaufs, ohne den Rechtsextremisten entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt in die Gesellschaft hineinwirken könnten. Durch interne Veranstaltungen binden Rechtsextremisten Mitglieder und Anhänger, die Beiträge oder ggf. Spenden entrichten, an sich. Damit ist langfristig für regelmäßige Einnahmen gesorgt. Bei externen Veranstaltungen – beispielsweise Konzerten – müssen Besucher nicht nur Eintrittsgelder entrichten. Zumeist werden in den Objekten Tonträger und Merchandising-Artikel verkauft. Die erzielten Einnahmen sorgen ebenfalls für einen beständigen Geldfluss innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

## **II. REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER**

### **A. Wesentliche Entwicklungen**

- REICHSBÜRGER-Gruppierung KÖNIGREICH DEUTSCHLAND baute Aktivitäten in Sachsen aus, stand aber zugleich im Fokus behördlicher Maßnahmen
- erneut starker Anstieg des Personenpotenzials
- Landkreis Bautzen entwickelte sich zum „REICHSBÜRGER-Hotspot“; die Szene konzentriert sich weiterhin vorrangig im ländlichen Raum
- Anteil der Rechtsextremisten niedrig
- weiterhin erhöhtes Gefährdungspotenzial durch einzelne, verschwörungstheoretisch geprägte REICHSBÜRGER
- hohe Waffenaffinität dieser heterogenen Szene

### **B. Personenpotenzial**

Der sehr heterogenen Szene der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER im Freistaat Sachsen wurden im Berichtsjahr 3.000 Personen zugerechnet. Das sind 500 Personen mehr als im Berichtsjahr 2022.

Der Anteil der Rechtsextremisten innerhalb dieses Spektrums betrug 2,9 Prozent und ist damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben (2022: 2,8 Prozent).

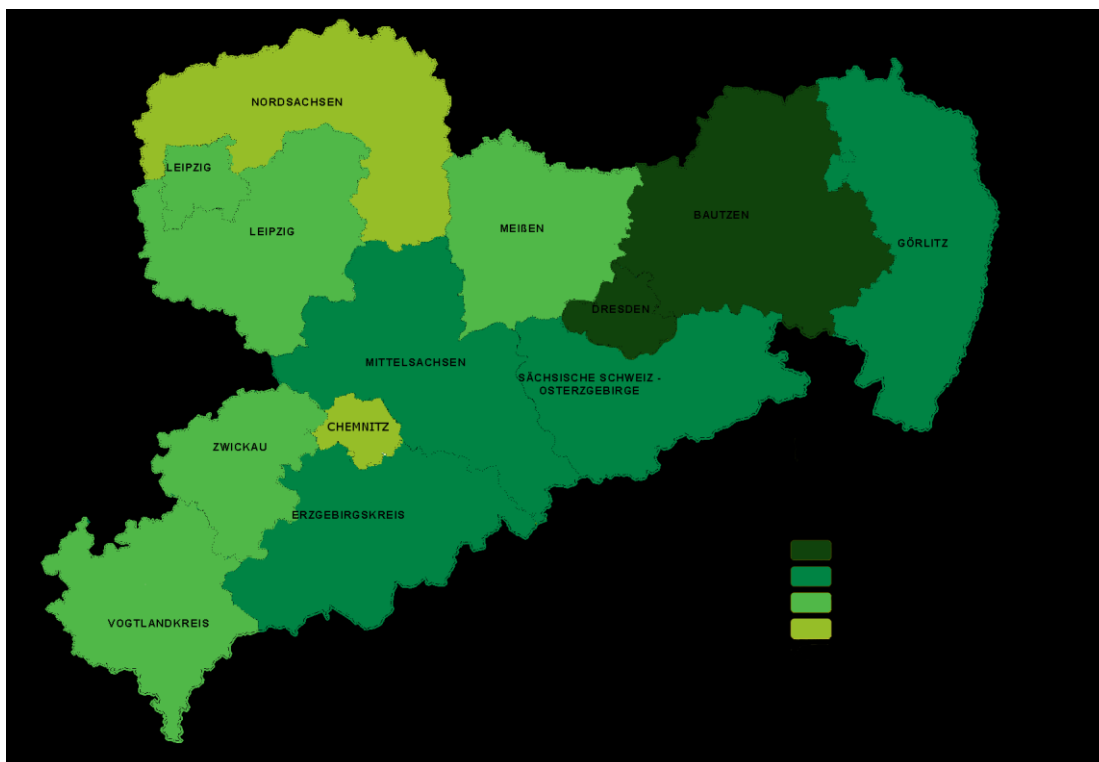
Das LfV Sachsen hat im Jahr 2023 in 68 Fällen Erkenntnisse zu REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN an die Waffenbehörden übermittelt.

Im Berichtszeitraum nahm die Zahl der Personen, die der Szene der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER zugerechnet werden, erneut stark zu. Dieser erneute Anstieg ist eng mit

der Ansiedlung bzw. der weiteren Ausbreitung des KÖNIGREICHS DEUTSCHLAND im Freistaat Sachsen verknüpft. Im Zuge der intensiven Zusammenarbeit zwischen dem LfV Sachsen und Behörden in den Kommunen sowie auf Landes- und Bundesebene wird die Aufklärung der Szene fortwährend verbessert und das Dunkelfeld dadurch zunehmend erhellte. Die soziodemographische Struktur der Szene weist im Vergleich zu anderen extremistischen Phänomenbereichen Besonderheiten auf. So ist der Frauenanteil mit ca. 27 Prozent verhältnismäßig hoch. Wegen des deutlich höheren Altersdurchschnitts von rund 50 Jahren wird bei REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN auch von einer „Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte“ gesprochen.

Die Beweggründe von Menschen, sich den REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN anzuschließen, sind sehr unterschiedlich. Für manche liegt die Ursache beispielsweise in Problemen mit den Behörden und daraus folgenden finanziellen Zwangssituationen. In der Folge negieren sie die Legitimität ihres Gegenübers und versuchen so, einer Zwangsvollstreckung oder anderen staatlichen Maßnahmen zu entgehen. Für andere geht es aber auch um das eigene Selbstbild. Viele REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER werten sich selbst durch fiktive Titel wie „König“ oder „Reichskanzler“ auf. Bei der Flutung von Behörden mit reichsbürgertypischen Schreiben, in denen behördliche Befugnisse – z. B. wegen vermeintlicher Nichtexistenz der Bundesrepublik – negiert werden, geht es oft nicht darum, sein Gegenüber mit Argumenten zu überzeugen, sondern um das starke Bedürfnis nach Selbstdarstellung und Selbstidentifikation. Es handelt sich vorliegend also um ein sehr heterogenes Personenpotenzial, das sich aus unterschiedlichen Gründen vom Verfassungsstaat abwendet.

### Verteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten<sup>8</sup>



<sup>8</sup> Diese Graphik beinhaltet nicht das Personenpotenzial von REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN, welches sich ausschließlich in überregionalen Chatgruppen in den sozialen Medien darstellt.

### III. VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTE DELEGITIMIERUNG DES STAATES

#### A. Wesentliche Entwicklungen

- Neue erwiesene extremistische Beobachtungsobjekte des LfV Sachsen: VOLKSSTIMME BÜRGERBÜNDNIS ZWICKAU und das ORGANISATIONSTEAM DER MONTAGSDEMONSTRATIONEN IN GÖRLITZ
- insgesamt niedriges dreistelliges Personenpotenzial im Freistaat Sachsen
- fortdauernde Instrumentalisierung des Protestgeschehens: Massive Verächtlichmachung des Staates und seiner politischen Entscheidungsträger in der Realwelt sowie in den sozialen Medien
- Zunehmende inhaltliche Verfestigung und Radikalisierung durch die Erschließung neuer Themen und die Bezugnahme auf Verschwörungsnarrative
- „Vermischung“ und Netzwerkbildung der rechtsextremistischen Szene sowie von REICHSBÜRGERN mit bekannten sog. „Delegitimierern“

Relevant im Sinne des Phänomenbereiches sind Agitationen, die den Staat massiv verächtlich machen mit dem Ziel, das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit des Staates von Grund auf zu erschüttern. In diesem Sinne beabsichtigen sog. „Delegitimierer“ in ihrer Agitation eben keine kritische und sachliche Auseinandersetzung im Rahmen des demokratisch legitimierte Meinungsdiskurses. Stattdessen zielen sie ganz bewusst darauf ab, die Bevölkerung in Bezug auf politische Entscheidungen zu verunsichern und ihr Misstrauen in die Funktionsweise staatlicher Institutionen zu schüren. Die Abgrenzung gegenüber einer legitimen Meinungsäußerung ergibt sich bei sog. „Delegitimierern“ demnach vor allem aus dem Ziel, das sie mit ihrer hervorgebrachten Kritik verfolgen. Ebenso verfassungsschutzrelevant ist aber auch die Rhetorik, die diese Extremisten beispielsweise in ihren Reden anwenden, um ihren verfassungsfeindlichen Zielen öffentlichkeitswirksam Nachdruck zu verleihen.

Mit Blick auf den hohen Stellenwert der freien Meinungsäußerung in einer Demokratie ist dabei eine Verfassungsschutzrelevanz bei bloßer Schmähekritik nicht gegeben, da diese zumindest im Kern immer noch auf eine Auseinandersetzung in der Sache abzielt und von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Die Verächtlichmachung muss vielmehr so massiv sein, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung insgesamt und nachhaltig erschüttert werden kann. Anknüpfungspunkte für eine solche Erheblichkeit können beispielsweise sein:

- ➔ Der Rekurs auf ein vermeintliches „Widerstandsrecht“, mit dem bewusst die Hemmschwelle Dritter abgesenkt und tatsächlich nicht legitimierte Widerstandshandlungen dieser Dritten befördert werden sollen.
- ➔ Der Aufruf zu Blockade- und Sabotageaktionen gegen staatliche Einrichtungen oder gegen lebenswichtige Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen (z. B. Anschläge auf Impfzentren während der Corona-Pandemie).
- ➔ Gewaltandrohungen und der Aufruf zu Gewalt gegen Funktions-, Amts- und Mandatsträger.
- ➔ Der Rückgriff auf Verschwörungsnarrative ist ebenfalls ein gewichtiges Indiz für die Erheblichkeit der Verleumdung oder Delegitimierung.

In Abgrenzung zu Rechtsextremisten oder REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN ist bei Akteuren der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ grundsätzlich kein ideologischer Hintergrund feststellbar, der den bisherigen etablierten Phänomenbereichen zugeschrieben werden kann. Ihre Agitation zielt einzig und allein auf die Überwindung der

gegenwärtigen staatlichen Ordnung ab. Eine Fixierung auf die eigene ethnokulturelle Identität ist bei diesen Akteuren ebenfalls nicht festzustellen.

## **B. Personenpotenzial**

Das LfV Sachsen analysiert im Hinblick auf diesen neuen Phänomenbereich fortwährend jeden Einzelfall und prüft, ob tatsächliche Anhaltspunkte für eine DEMOKRATIEFEINDLICHE UND/ODER SICHERHEITSGEFÄHRDENDE DELEGITIMIERUNG DES STAATES vorliegen.

Gegenwärtig werden diesem Beobachtungsobjekt in Sachsen etwas mehr als 200 Personen zugeordnet. Diese sind entweder einem konkreten Personenzusammenschluss zuzuordnen oder erfüllen als Einzelperson die Kriterien für eine Zuordnung. Es war ein Anstieg des Personenpotenzials gegenüber dem Vorjahr zu beobachten.

Noch immer spielen Internetaktivitäten auf Messenger-Diensten, wie insbesondere auf Telegram, eine wichtige Rolle. So fallen beispielsweise Einzelpersonen in diesen Phänomenbereich, die auf diesen Plattformen offen zu Angriffen auf Politiker oder zum gewaltorientierten Systemsturz aufrufen. Wieder andere versuchen, Amts- und Mandatsträgern per Direktnachricht mit unmittelbarer Gewalt zu drohen und dadurch in Angst zu versetzen bzw. zu beeinträchtigen. Es haben sich bei Einzelpersonen demnach gewisse Fallgruppen gebildet, welche die verschiedenen Agitationsformen des Delegitimierungsextremismus in der Realwelt und auch in der virtuellen Welt widerspiegeln.

## **IV. LINKSEXTREMISMUS**

### **A. Wesentliche Entwicklungen**

- Neue erwiesene extremistische Beobachtungsobjekte des LfV Sachsen: ANARCHIST BLACK CROSS DRESDEN und ROTES DRESDEN
- Erneut leichter Anstieg des Personenpotenzials
- Leipzig bleibt eine bundesweite Schwerpunktregion der AUTONOMEN SZENE und ein Brennpunkt linksextremistischer Gewalt.
- „Tag X“ als dominierendes Thema: Solidaritätsstrukturen, Aktionen, Demonstrationen und Straftaten im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Lina E. und drei weitere Angeklagte
- „Budapest-Komplex“ als eindeutiger Beleg für klandestines, professionelles Vorgehen der AUTONOMEN SZENE
- Linksextremisten instrumentalisierten Themen der Klimaschutzbewegung für ihre eigene verfassungsfeindliche Agenda

### **B. Personenpotenzial**

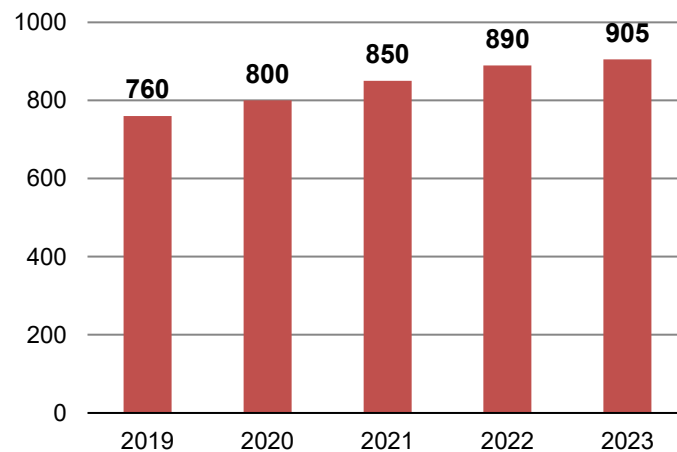
Die AUTONOME SZENE dominiert den Linksextremismus im Freistaat Sachsen deutlich. Ihr gehörten im Berichtsjahr ca. 450 Personen an (2022: ca. 520 Personen)<sup>9</sup>. Dies entspricht einem Anteil von etwa 50 Prozent an allen linksextremistischen Bestrebungen in Sachsen.

---

<sup>9</sup> Es handelt sich hierbei um keinen Rückgang im linksextremistischen Personenpotenzial, sondern um das Ergebnis einer bundesweiten, im Verfassungsschutzverbund vorgenommenen Neuklassifizierung und der damit verbundenen Neuunterteilung in AUTONOME und ANARCHISTEN (vgl. Beitrag II.4.2 Personenpotenzial). Demnach ist ein Teil der ehemals als AUTONOME klassifizierten Linksextremisten in ANARCHISTEN übertragen worden.

Regional und bundesweit bleibt die AUTONOME SZENE LEIPZIG neben den Szenen in den Städten Berlin und Hamburg ein Schwerpunkt autonomer Aktivitäten. Wesentlich stärker als in der Vergangenheit beruft sich die Szene auf anarchistische Wurzeln, ohne dabei grundlegende autonome Aktionsfelder aufzugeben. Die Grenzen zwischen autonomen und anarchistischen Strömungen verschwimmen zunehmend. Diese Tendenz machte sich vor allem bei Demonstrationen bemerkbar. Dort zeigten sich anstelle von „autonomen Blöcken“ vermehrt „anarchistische Blöcke“, die u. a. mit entsprechenden Transparenten auf sich aufmerksam machten. Durch diese breitere ideologische Basis soll das Fundament für weitreichende regionale, überregionale und internationale Vernetzungen gelegt werden.

### Linksextremistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



<b>Gewaltorientierte Linksextremisten<sup>10</sup></b> 2023: ca. 665 2022: ca. 650	<b>Nicht gewaltorientierte dogmatische Linksextremisten und sonstige Linksextremisten<sup>11</sup></b> 2023: ca. 240 2022: ca. 240
--	--

davon

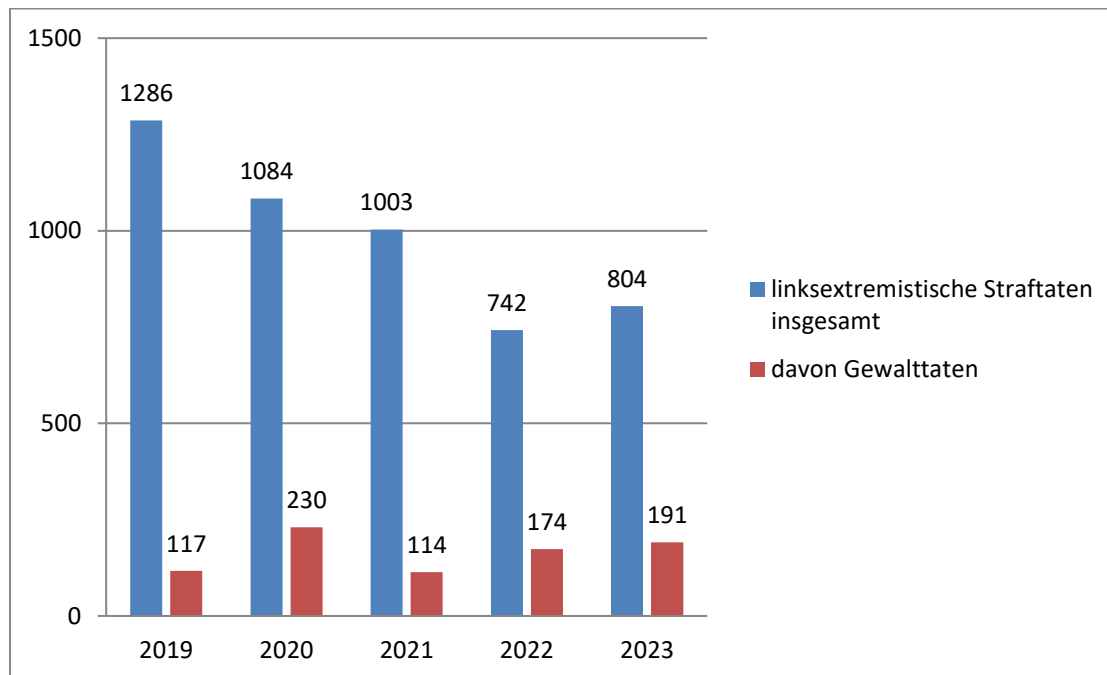
<b>AUTONOME</b> 2023: ca. 450 2022: ca. 520
<b>Anarchisten</b> 2023: ca. 150 2022: ca. 80
<b>Dogmatische Linksextremisten</b> 2023: ca. 65 2022: ca. 50

<sup>10</sup> ohne Mehrfachmitgliedschaften

<sup>11</sup> ohne Mehrfachmitgliedschaften

## C. Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

### Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



In den drei Großstädten wurden etwa 77 Prozent aller linksextremistischen Straftaten begangen (2022: ca. 82 Prozent). Bei den Gewalttaten ist die unterschiedliche Verteilung zwischen Großstädten und dem ländlichen Raum noch deutlicher. So wurden ca. 91 Prozent aller Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund in Leipzig, Dresden und Chemnitz registriert (2022: ca. 95 Prozent). Das Gewalttatenaufkommen entwickelte sich in den Großstädten dabei unterschiedlich. Während in Leipzig ein Anstieg um ca. 17 Prozent zu verzeichnen war, blieben die Gewalttaten in Dresden und Chemnitz hingegen auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres.

Verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtzahl dürfte einerseits das Ereignisgeschehen um den „Tag X“ gewesen sein<sup>12</sup>, das Linksextremisten den Anlass für die Begehung schwerer Straf- und Gewalttaten gab. Andererseits agierten Teile der linksextremistischen Szene aufgrund der Ermittlungstätigkeiten und Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden zurückhaltender. Dies dürfte ein Grund dafür sein, dass das Niveau der Gewalttaten nicht noch stärker anstieg. Allerdings traf diese Zurückhaltung nur bedingt auf die Szene in Leipzig zu. Gemessen am Straftatenaufkommen zeigten sich die dort ansässigen Linksextremisten weitestgehend unbeeindruckt von Exekutivmaßnahmen.

Der Anstieg der Gewaltdelikte im Berichtsjahr ist ein Indiz dafür, dass für Linksextremisten die Anwendung von Gewalt weiterhin ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ist, mit dem Ziel, den politischen Willensbildungsprozess in ihrem Sinne zu beeinflussen. Beispielgebend für diese Einschätzung sind vor allem folgende, mutmaßlich linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten:

- Am 12. Januar setzten unbekannte Täter in Leipzig sechs Fahrzeuge in Brand, welche auf dem umfriedeten Gelände einer Autovermietung standen. Gemäß dem auf der linksextremistischen Online-Plattform [DE.INDYMEDIA.ORG](https://de.indymedia.org) veröffentlichten

<sup>12</sup> vgl. Kapitel II.4.4 AUTONOME

Selbstbeichtigungsschreiben wurde die Autovermietung als Angriffsziel ausgewählt, weil sie *„mit den Feinden unserer Freiheit [kooperiert] und dafür zahlen [muss].“* Die Verfasser des Schreibens identifizierten sich als *„Anarchist:innen“* und widmeten die Gewalttat *„allen anarchistischen Gefangenen, die vom Staat inhaftiert sind und für all die anderen, die draußen weiter kämpfen. [...] Für eine internationale Solidarität voll Hass und Leidenschaft!“*.

- Am 16. Januar setzten unbekannte Täter fünf Fahrzeuge der Deutschen Post bzw. von DHL in Leipzig in Brand. Dem Tatbekenntnis auf DE.INDYMEDIA.ORG zufolge reagierten die Akteure damit auf eine Hausdurchsuchung in Connewitz: *„[wir] schlagen vor, (weiterhin) jede Hausdurchsuchung mit nächtlichen Aktionen zu rächen und haben selber mal mit über 100.000 € Schaden vorgelegt. Solidarische Grüße an alle ungehorsamen Klimaaktivistis [...] Solidarische Grüße an alle Menschen im Knast. Die Flammen waren auch für euch!“*
- Am 30. Januar übergossen unbekannte Täter in Leipzig vier Fahrzeuge mit einer unbekanntem braunen Substanz und zerstachen zusätzlich alle Reifen. In einem Selbstbeichtigungsschreiben auf der auch von Linksextremisten genutzten Internetseite „knack.news“ begründeten selbsternannte *„Anarchist:innen“*, dass man gezielt Fahrzeuge der Stadt Leipzig ausgewählt habe, um auf die von staatlichen Institutionen ausgehende *„Unterdrückung“* hinzuweisen: *„Seien es die städtischen Mitarbeiter:innen, die als vermeintlich neutrale Beobachter:innen bei Hausdurchsuchungen eingesetzt werden, das rassistische System der Ausländerbehörden, die Bevölkerungskontrolle der Meldeämter, die Hilfsbullen der Polizeibehörden oder die repressiven Versammlungsbehörden. [...] sie alle sind in kommunaler Hand und reproduzieren die autoritären und rassistischen gesellschaftlichen Verhältnisse.“*

## Aufteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten

	linksextremistische Straftaten			darunter Gewalttaten		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023
<b>Leipzig (Stadt)</b>	327	445	437	80	133	156
<b>Dresden (Stadt)</b>	386	135	148	24	26	17
<b>Chemnitz (Stadt)</b>	45	30	35	1	7	1
<b>Vogtlandkreis</b>	21	5	10	0	1	0
<b>Lkr. Zwickau</b>	32	16	41	0	2	3
<b>Erzgebirgskreis</b>	36	6	10	0	0	1
<b>Lkr. Mittelsachsen</b>	41	36	24	2	0	5
<b>Lkr. Meißen</b>	14	18	23	0	1	1
<b>Lkr. Sächs. Schweiz-Osterzgebirge</b>	20	15	13	0	1	0
<b>Lkr. Bautzen</b>	13	14	22	1	1	5
<b>Lkr. Görlitz</b>	25	5	20	0	0	1
<b>Lkr. Leipzig</b>	28	12	12	2	2	1
<b>Lkr. Nordsachsen</b>	15	5	9	4	0	0
<b>Freistaat Sachsen</b>	<b>1003</b>	<b>742</b>	<b>804</b>	<b>114</b>	<b>174</b>	<b>191</b>



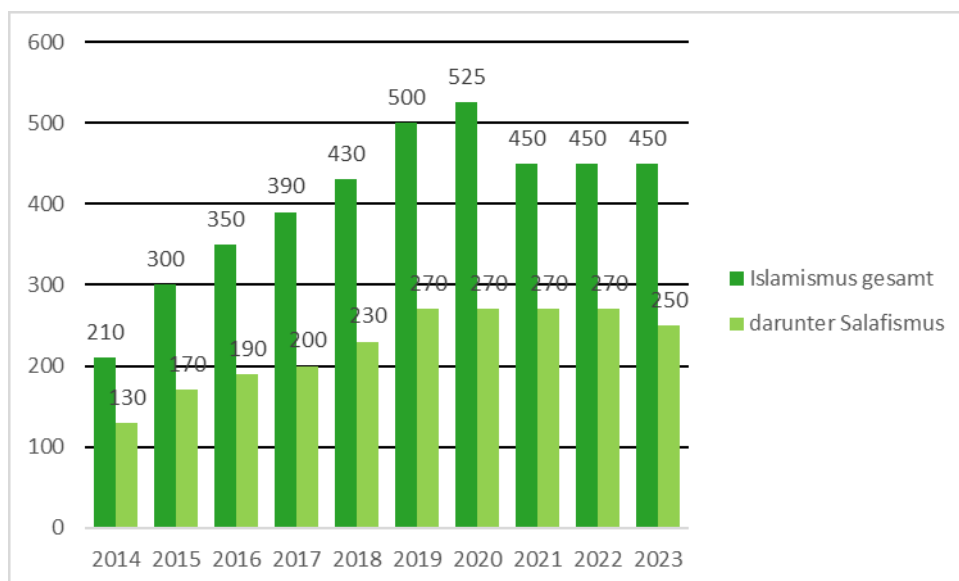
# V. ISLAMISMUS

## A. Wesentliche Entwicklungen

- Personenpotenzial bleibt im Bundesvergleich weiterhin auf niedrigem Niveau
- bewusster Missbrauch der Religion für verfassungsfeindliche Zielsetzungen
- Schwerpunkte salafistischer Strukturen in Leipzig; Neubau eines Moscheegebäudes der AL-RAHMAN-MOSCHEE
- Legalistischer Islamismus mit „Wolf im Schafspelz“-Strategie konzentriert sich auf Dresden
- Antisraelische, antisemitische und den Angriff der HAMAS auf Israel relativierende Reaktionen
- abstrakte Gefahr von Terroranschlägen

## B. Personenpotenzial

Islamistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen<sup>13</sup>



Wie in den Vorjahren bewegt sich das islamistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen im Bundesvergleich auf niedrigem Niveau (450 Personen).

Dies gilt auch für das salafistische Personenpotenzial als Teilmenge des islamistischen Personenpotenzials, das im Freistaat Sachsen im Jahr 2023 leicht zurückging und etwa 250 Personen ausmachte. Es umfasst sowohl politische als auch jihadistische Salafisten.

<sup>13</sup> Das salafistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen wird erst seit dem Jahr 2014 gesondert erhoben, so dass für die Jahre zuvor diesbezüglich keine Werte vorliegen.

## C. Erscheinungsformen des Islamismus und Aktivitäten

### *Legalistischer Islamismus*

Legalistische Islamisten verfolgen eine Doppelstrategie („Wolf im Schafspelz“): Sie sind bestrebt, mittels Lobbyarbeit ihre auf islamistischer Ideologie basierenden Vorstellungen zum gesellschaftlichen und individuellen Leben auf legalem Weg sowie unter Ausnutzung der Möglichkeiten des deutschen Rechtsstaates durchzusetzen. Repräsentanten dieser Organisationen geben sich in der Öffentlichkeit offen, tolerant und dialogbereit. Unter Vortäuschung demokratischer Absichten versuchen sie, Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu erlangen. Nach innen bzw. in den Gemeinden sind sie jedoch bestrebt, insbesondere junge Muslime von ihren islamistischen Positionen für ein Scharia-konformes Leben zu überzeugen. Dabei werden auch solche Prinzipien und Werte vermittelt, die nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sind und darüber hinaus die Entwicklung islamistisch geprägter Parallelgesellschaften unterstützen.

In Deutschland und damit auch im Freistaat Sachsen werden legalistische Islamisten hauptsächlich in drei Bereichen aktiv: Einflussnahme auf die Politik, Mitgliedergewinnung und Bildungsarbeit. Dabei sind sie oftmals in übergeordneten muslimischen Verbänden organisiert. Mittels dieses „Sprachrohrs“ versuchen sie, bestimmte gesellschaftliche Themen, wie die staatliche Imam-Ausbildung oder den islamischen Religionsunterricht, zu beeinflussen und sich dem Staat als Ansprechpartner für die Belange von Muslimen anzubieten. Zudem versuchen sie, für ihre jeweilige Organisation und im Sinne der Ideologieverbreitung neue Mitglieder zu werben. Hierzu unterhalten sie Moschee- und Kulturvereine oder organisieren Vorträge und andere Veranstaltungen. Auch die Jugend- und Bildungsarbeit ist ein wichtiger Bereich, in dem sie aktiv sind. Es werden Koran- und Sommerschulen sowie zielgruppenorientierte Schulungs- und Freizeitaktivitäten in Deutschland organisiert. Die Jugend- und Bildungsarbeit dient vor allem dem Zweck, die eigene Islaminterpretation zu verbreiten, um damit geeigneten Nachwuchs zu rekrutieren.<sup>14</sup>

In Deutschland tritt die Muslimbruderschaft (MB) als „Vertreter“ des legalistischen Islamismus zwar nicht offen in Erscheinung, wird aber von Organisationen wie der DEUTSCHEN MUSLIMISCHEN GEMEINSCHAFT (DMG) als Teil einer weltweiten „islamischen Bewegung“ angesehen. Eine weitere Organisation aus dem Spektrum der MB ist der MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E. V. (MKBD) im Freistaat Sachsen.

### *Salafismus*

Die Sicherheitsbehörden unterscheiden grundsätzlich zwischen politischem und jihadistischem Salafismus. Während beide Strömungen auf der gleichen ideologischen Grundlage beruhen, unterscheiden sie sich jedoch in der Wahl der Mittel, mit denen sie ihre Ziele verwirklichen wollen. Dennoch besitzen beide Ausprägungen eine immanente Gewaltorientierung. Dies führt im Ergebnis dazu, dass der Übergang vom politischen zum jihadistischen Salafismus fließend ist und sich beide Richtungen mitunter nicht klar voneinander abgrenzen lassen.

Vertreter des **politischen** Salafismus betonen den friedlichen Charakter des Islam und positionieren sich teilweise ausdrücklich gegen Terrorismus. Dennoch wird die Anwendung von Gewalt – ausgehend von einer subjektiv konstruierten Bedrohungslage – auch von Vertretern des politischen Salafismus in bestimmten Fällen für zulässig erklärt.

---

<sup>14</sup> vgl. Broschüre „Islamismus: Entstehung und Erscheinungsformen“, Bundesamt für Verfassungsschutz, September 2013, S. 21-23

Die salafistische Szene in Deutschland ist meist nur lose organisiert. Feste und formale Organisationsstrukturen sind weitgehend nicht vorhanden. Eine Ausnahme bilden örtliche salafistische Vereine, die als Träger salafistisch geprägter Moscheen tätig sind.

Den Schwerpunkt salafistischer Strukturen im Freistaat Sachsen bildet seit Jahren der Verein ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE in Leipzig. Der Imam dieser Moschee, Hassan DABBAGH, ist ein überregional bekannter Multiplikator des politischen Salafismus in Deutschland.

Von **jihadistischem** Salafismus als einem Teilbereich des islamistischen Terrorismus sprechen die Sicherheitsbehörden dagegen, wenn die Anwendung terroristischer Gewalt von vornherein ideologisch legitimiert wird und der bewaffnete Kampf gegen „Ungläubige“ als zentrales Mittel gesehen wird, um das eigene Islamverständnis zu „verteidigen“ und zu verbreiten bzw. um politische Macht zu erlangen.

## **VI. AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS**

### **A. Wesentliche Entwicklungen**

- in Sachsen vorrangig Bestrebungen aus dem Bereich der kurdischen PKK feststellbar
- Personenpotenzial bei konstant ca. 160 Personen
- hohes Mobilisierungspotenzial auch im linksextremistischen Spektrum für Demonstrationen und Kundgebungen
- strukturelle Vernetzung mit Linksextremisten insbesondere in Leipzig und Dresden
- Aktivitäten der PKK maßgeblich vom Schicksal des inhaftierten PKK-Führers ÖCALAN und den Entwicklungen im türkisch-syrischen Grenzgebiet bestimmt
- Anstieg der (antisemitischen) Straftaten resultierend aus dem pro-palästinensischen Protest- und Demonstrationsgeschehen

### **B. Personenpotenzial**

In Sachsen konnten auslandsbezogene extremistische Bestrebungen vorrangig aus dem Bereich der kurdischen PKK, also dem linksextremistisch-separatistischen Bereich, festgestellt werden. Ihr Potenzial bewegt sich seit Jahren – so auch im Jahr 2023 – bei konstant ca. 160 Personen. Auch Mitglieder und Anhänger der Nachfolge- und Nebenorganisationen der PKK zählen darunter.

Jedoch kann das Mobilisierungspotenzial der PKK, das insbesondere abhängig von den politischen Entwicklungen in der Türkei ist, die oben aufgeführte tatsächliche Anhängerzahl der PKK deutlich überschreiten. Zum Kreis der Mobilisierten zählen beispielsweise regelmäßig auch Personen aus dem deutschen linksextremistischen Spektrum.

Folgende der in Sachsen ansässigen und der PKK zugehörigen Organisationen zeigten auch im Jahr 2023 mit der Durchführung von Kundgebungen, Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen Präsenz:

- DRESDNER VEREIN DEUTSCH KURDISCHER BEGEGNUNGEN E. V. und
- UTA FRAUENRAT DRESDEN E. V.

### **C. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten ausländische Ideologie und religiöse Ideologie**

Der seit dem Jahr 2017 als „ausländische Ideologie“<sup>15</sup> und „religiöse Ideologie“<sup>16</sup> bezeichnete Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist im Vergleich zu den Straf- und Gewalttaten in den anderen extremistischen Phänomenbereichen im Freistaat Sachsen nur von marginaler Bedeutung. So machte er im Berichtsjahr etwas mehr als zwei Prozent des Gesamtaufkommens extremistischer Straftaten aus.

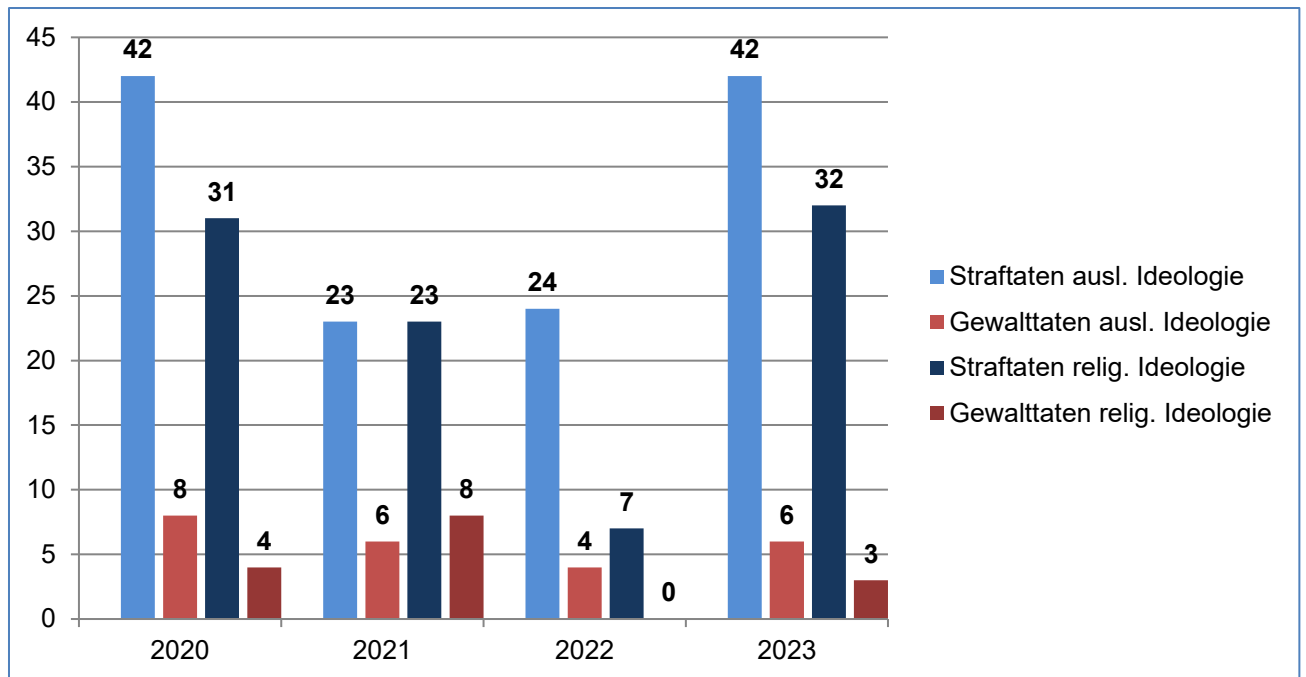
Im Jahr 2023 stieg die Anzahl der Straftaten im Bereich ausländische und religiöse Ideologie auf mehr als das Doppelte (83 Straftaten) an. Die Zahl der Gewaltdelikte (neun) lag zwar über dem Niveau des Vorjahres (2022: vier), bewegte sich aber immer noch unter dem Niveau der Vorjahre.

Der deutliche Anstieg der Straftaten resultierte im Berichtsjahr aus dem pro-palästinensischen Protest- und Demonstrationsgeschehen, das sich nach dem HAMAS-Überfall auf Israel am 7. Oktober entwickelte. Der Gaza-Krieg war auch ursächlich für den starken Anstieg der antisemitischen Straftaten mit Extremismusbezug von acht im Jahr 2022 auf 43 Straftaten im Berichtsjahr.

---

<sup>15</sup> Die Kategorie „PMK – ausländische Ideologie“ bildet ab, inwieweit im Ausland begründete nicht religiöse Ideologien nach Deutschland hereingetragen werden und hier den Hintergrund für Straftaten bilden. Hiervon sind aus dem Ausland stammende, separatistische, rechte und linke Ideologien, also sämtliche ausländische nicht religiöse Ideologien, umfasst. Die Staatsangehörigkeit der Täter ist hierbei unerheblich (vgl. auch Internetseite des Bundeskriminalamtes: [www.bka.de](http://www.bka.de))

<sup>16</sup> Der Kategorie „PMK – religiöse Ideologie“ werden Straftaten zugerechnet, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine religiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war und die Religion zur Begründung der Tat instrumentalisiert wird (vgl. auch Internetseite des Bundeskriminalamtes: [www.bka.de](http://www.bka.de)).



## VII. SPIONAGE UND SABOTAGE IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

### A. Wesentliche Entwicklungen

- Russische und chinesische Nachrichtendienste bleiben Hauptakteure im Freistaat Sachsen.
- Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht sind insbesondere vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges ein wichtiges Tätigkeitsfeld des LfV.
- Russland führt einen hybriden „Informationskrieg“ mithilfe professioneller Desinformationskampagnen gegen den „Westen“
- Ziel von Cyberangriffen ist zunehmend die Kritische Infrastruktur (KRITIS) der westlichen Welt.
- Das LfV informiert Interessenten und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft schnell und gezielt u. a. über elektronische Angriffskampagnen und bietet Unterstützung bei Abwehrmaßnahmen an.

### B. Überblick

Eine weitere Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und damit auch des Freistaates Sachsen geht auf die vielfältigen Spionageaktivitäten und Cyberangriffe fremder Nachrichtendienste zurück. Einhergehend mit der Entwicklung neuer Technologien und der fortschreitenden Digitalisierung hat sich der Aktionsradius fremder Nachrichtendienste deutlich erweitert. Inzwischen gehören Cyberangriffe zum nachrichtendienstlichen Standard-Repertoire, um Spionage, Sabotage oder politische Einflussnahme zu betreiben. Hauptakteure sind russische und chinesische Nachrichtendienste.

## Russische Föderation

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation waren im Jahr 2023 weiterhin von großer Bedeutung für die russische Staatsführung. Ihre Bemühungen erstreckten sich sowohl auf gesellschaftliche und politische als auch auf wirtschaftliche und wissenschaftliche Bereiche. Der fortdauernde Angriffskrieg gegen die Ukraine hat konkrete Auswirkungen auf die russischen Nachrichtendienste und für deren Aufklärungsaktivitäten in Deutschland. Aufgrund des Informationsdefizits, das Russland im Rahmen der umfangreichen Sanktionen des Westens auf dem Gebiet der internationalen diplomatischen Beziehungen bzw. Präsenz entstanden ist, sehen sich die russischen Nachrichtendienste umso mehr einem hohen Aufklärungsdruck ausgesetzt. Seit April 2022 wurden 40 russische Diplomaten, welche einem russischen Nachrichtendienst zuzuordnen waren, aus Deutschland ausgewiesen. Außerdem wurde das Russische Generalkonsulat in Leipzig Ende Dezember 2023 geschlossen. Die russischen Nachrichtendienste können somit nur noch wenig bis gar nicht auf die vormals stark ausgeprägte geheimdienstliche Infrastruktur ihrer Legalresidenturen<sup>17</sup> zurückgreifen. Es ist demzufolge davon auszugehen, dass russische Nachrichtendienste verstärkt auf altbewährte Methoden, wie z. B. Non Official Cover<sup>18</sup>, Reise-Agenten<sup>19</sup> oder Illegale<sup>20</sup> zurückgreifen.

Um die durch die umfangreichen Sanktionen entstandenen Zugangs- und Beschaffungshemmnisse zumindest teilweise und möglichst kurzfristig zu kompensieren, wichen die russischen Nachrichtendienste ebenso erfolgreich auf offensivere Spionageaktivitäten im IT-Bereich aus und weiteten die Instrumente der Hybriden Kriegsführung aus. In diesem Zusammenhang spielte auch die Verbreitung von Desinformationen insbesondere über die sozialen Medien eine entscheidende Rolle. In Windeseile können Desinformationen über diese Kanäle verbreitet werden, eine hohe Reichweite erzielen und unter Umständen dazu beitragen, Gesellschaften in ihrer Meinungsfindung zu beeinflussen bzw. zu spalten. Schlussendlich zielen derartige Kampagnen mittel- oder langfristig darauf ab, politische Systeme im „Westen“ zu destabilisieren.<sup>21</sup>

Vor allem der russische zivile Auslandsnachrichtendienst SWR<sup>22</sup>, der militärische Auslandsnachrichtendienst GRU<sup>23</sup> und der Inlandsnachrichtendienst FSB<sup>24</sup> waren gegen Deutschland aktiv.

Aufklärungsschwerpunkte sind dabei die deutsche Haltung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Finanz- und Energiepolitik, aber auch die Rolle Deutschlands in der NATO.

Im Fokus der Aufklärungsmaßnahmen standen, neben sog. Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen und Vereinen mit Bezügen zu Russland oder anderen osteuropäischen Staaten, insbesondere politische Mandatsträger. Dies spiegelt sich in der

---

<sup>17</sup> Legalresidentur – Getarnter Stützpunkt eines ausländischen Nachrichtendienstes im Operationsgebiet, der sich in einer offiziellen oder halboffiziellen Vertretung (z. B. Botschaft, Konsulat, Handelsvertretung, staatliche Fluggesellschaft) befinden kann.

<sup>18</sup> „Non Official Cover“ bedeutet, dass der Einsatz ohne offizielle Abdeckung des entsendenden Staates erfolgt.

<sup>19</sup> Von „Reise-Agenten“ spricht man, wenn der Einsatz mit gefälschter Identität und meist nur zur Erledigung eines bestimmten Auftrags erfolgt.

<sup>20</sup> Von „Illegalen“ spricht man, wenn die Person sich mit gefälschtem Lebenslauf einschließlich gefälschter Identität im Operationsgebiet aufhält.

<sup>21</sup> Vgl. zum Thema „Desinformation“ auch die übergreifende Betrachtung zum Thema „Mission abstreiten, verzerren, ablenken und verunsichern – Russische Desinformationskampagnen im Kontext des Krieges in der Ukraine“, Verfassungsschutzbericht 2022 des Freistaates Sachsen, S. 22-29.

<sup>22</sup> Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation

<sup>23</sup> Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation

<sup>24</sup> Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation

anhaltenden Cyberangriffskampagne „Ghostwriter“ wider, welche dem russischen Militärgeheimdienst GRU zugeschrieben wird.

## **Volksrepublik China**

Der Schwerpunkt chinesischer Interessen liegt auf den zehn Zukunftsbranchen, in denen China die globale Markt- und Technologieführerschaft anstrebt: Meerestechnik und Schifffahrt, Schienenverkehrstechnik und Medizintechnik, elektrische Ausrüstung, Industrierobotik und Roboterbau, neue Informationstechnologien sowie Luft- und Raumfahrttechnik. Im Bereich der wissenschaftlichen Forschung sind vor allem die Gebiete der Mikroelektronik, der Biotechnologie, der Umwelttechnologie und der erneuerbaren Energien von großer Bedeutung. Wenngleich die zehn Zukunftsbranchen im besonderen Fokus der Volksrepublik China stehen, ist aus chinesischer Sicht im Grunde genommen jede Information wichtig, die dem Land einen Vorteil bringt. Von Peking als entscheidend für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas angesehen, zielen Talentprogramme darauf ab, grundsätzlich jeden vom Experten bis zum Studenten zu rekrutieren, der perspektivisch in Betracht kommt, wichtige Positionen in Regierung, Industrie, Verteidigung und Wissenschaft zu besetzen, um Innovationen sowie Wachstum des Landes voranzutreiben und damit dem Wohle des Staates zu dienen.

Der Know-how-Bedarf ist nicht zuletzt durch die Sanktionen der USA gegenüber China gestiegen. Umso mehr stehen vor allem innovative deutsche – und somit auch sächsische – Unternehmen und Hochschuleinrichtungen mit ihren Spitzentechnologien im Blickfeld chinesischer Nachrichtendienste. Vor diesem Hintergrund bemüht sich China immer intensiver um Zugänge zu Unternehmen, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Chinesische Studenten, Doktoranden und (wissenschaftliche) Arbeitskräfte werden ganz gezielt mit Ausforschungs- und Beschaffungsaufträgen betraut, um in Unternehmen und an Universitäten oder Forschungseinrichtungen im Ausland Wissen abzuschöpfen und dieses (illegal) nach China zu transferieren. Insbesondere Programme, wie der „Tausend-Talente-Plan“, sorgen dafür, dass chinesische Wissenschaftler ihre Expertise im Sinne der Volksrepublik einsetzen und so dem Land zum Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht verhelfen.

Weiterhin investiert China in den Ausbau einer flächendeckenden Kommunikations- und Internetüberwachung. Für die erforderlichen Maßnahmen verfügen die chinesischen Nachrichtendienste über eine starke Personalausstattung und umfangreiche rechtliche Befugnisse. Die verschiedenen nachrichtendienstlichen Maßnahmen werden durch das Ministerium für Staatssicherheit (Ministry of State Security – MSS) organisiert. Die Mitarbeiter der Nachrichtendienste sind auch an den amtlichen chinesischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland (sog. Legalresidenturen) abgetarnt tätig.

Ein weiteres Betätigungsfeld chinesischer Nachrichtendienste ist die Ausspähung und Bekämpfung in Deutschland lebender Oppositioneller, die aus Sicht der chinesischen Staats- und Parteiführung das Machtmonopol der Kommunistischen Partei Chinas infrage stellen und die „nationale Einheit“ bedrohen. Dazu gehören neben nach Deutschland geflohenen Regimekritikern auch Angehörige der von chinesischen Behörden als „Fünf Gifte“ bezeichneten Bewegungen.

Zu den „Fünf Giften“ zählen die nach Unabhängigkeit strebenden ethnischen Minderheiten der Uiguren und Tibeter, die regimekritische Falun-Gong-Bewegung, die Demokratiebewegung und die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit der Insel Taiwan.

In den vergangenen Jahren hat die chinesische Führungsspitze auch ihre Bemühungen zur Beschaffung hochwertiger politischer Informationen sowie zur Beeinflussung von Entscheidungsprozessen im Ausland deutlich erhöht. Hierzu hat sich die Kommunistische

Partei Chinas (KPCh) ein weltweites Kontaktnetzwerk aufgebaut und ist stetig bestrebt, dieses zu erweitern.

**Weitere Informationen:**

1. Der vollständige Verfassungsschutzbericht 2023 ist ab dem 28. Mai 2024, 13.00 Uhr, im Internet unter [www.verfassungsschutz.sachsen.de](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de) abrufbar.
2. Zu einem späteren Zeitpunkt ist der Bericht darüber hinaus auch als Druckexemplar verfügbar.